



zweiwochendienst + zwd-online
Luisenstr. 48 - 10117 Berlin
Fon: +49 30 22 487 487
Fax: +49 30 22 487 484
<http://www.zwd.info>
redaktion@zwd.info

Koalition will keine Studie über die Situation der Künstlerinnen

zwd Berlin (er). In einem Fachgespräch am 27. Juni im Kulturausschuss des Bundestages waren sich alle geladenen Expertinnen einig: Die soziale Benachteiligung von Künstlerinnen und Journalistinnen hält nach wie vor an. Ohne das Ergebnis des Fachgesprächs abzuwarten, hatten die Regierungsfractionen einen Antrag der Grünen (Drs. 17/6130) in der vorausgegangenen nicht öffentlichen Ausschusssitzung abgelehnt. Damit hatten die Grünen erreichen wollen, dass der Deutsche Kulturrat durch die Bundesregierung beauftragt wird, erneut eine Studie „Frauen in Kunst und Kultur“ zu erarbeiten und damit eine aktuelle Situationsbeschreibung zu liefern.

Verknüpft war damit die Erwartung an die Bundesregierung, auf dieser neuen Datenbasis Maßnahmen zu ergreifen, um Chancengleichheit herzustellen und die soziale Situation von Künstlerinnen endlich zu verbessern. „Offensichtlich ist die Bundesregierung blind für die Lebenswirklichkeit von Frauen“, kommentierte die kulturpolitische Sprecherin der Grünen, Agnes Krumwiede, die Ablehnung des federführenden Ausschusses. Dabei sollte sie sich gezwungen fühlen, angesichts des frappierenden Missverhältnisses zwischen steigender Anzahl von Frauen in künstlerischen Studiengängen und deren konstant mangelnder Repräsentanz im Kulturbetrieb, endlich zu handeln, befindet Krumwiede.

Die Grünen sehen den Bund aufgrund von Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes verantwortlich, die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen zu fördern. Aus diesem Grund hatte sie die Bundesregierung auch aufgefordert, für eine solide Datenbasis zu sorgen. Dafür sollte die zuletzt im Jahr 2000 vom Kulturrat durchgeführte Studie „Frauen in Kunst und Kultur“ erneut unternommen werden, um den Anteil weiblicher Kreativschaffender an Kultureinrichtungen, in Leitungspositionen und bei künstlerischen Förderprogrammen zu untersuchen. Mit gezielten Initiativen könnte der Bund daraufhin eine Vorbildfunktion für Länder und Kommunen übernehmen und zum Beispiel Förderkriterien zur Gleichstellung für öffentliche Aufträge, Stipendien und Ausstellungen festschreiben.

Im anschließenden Fachgespräch bemängelten die Expertinnen, dass der Anteil an Frauen in der Kultur- und Medienbranche zwar wachse, dass sie aber weiterhin weniger verdienten, häufiger arbeitslos seien und auch bei der sozialen Absicherung schlechter gestellt seien als Männer.

(Ausführlicher im kommenden KULTUR. MEDIEN und POLITIK (KMP))

(28.06.12)

© 2000-2010, zwd-online
Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der ZWD Medien GmbH
